

Standpunkte

zur Wintersession 2019 der Eidgenössischen Räte

Klimapolitik der chemisch-pharmazeutischen Industrie

Die Klimadebatte hat die nationalen Parlamentswahlen dominiert und führte zu einem Sieg der ökologisch orientierten Parteien. Nachhaltiges Wirtschaften ist für unsere globale Industrie seit langem eine Selbstverständlichkeit. Die Chemie Pharma Life Sciences-Branchen tragen mit ihren innovativen Produkten, Prozessen und Anlagen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen bei. Dies gilt auch für den Klimaschutz. scienceindustries hat sich für die Ratifizierung des Pariser Abkommens ausgesprochen und unterstützt ein Verminderungsziel der Schweiz von 50% bis 2030. Dank dem Zielvereinbarungssystem reduziert die Branche ca. 350'000 t CO₂/Jahr, was rund 20% der gesamten Massnahmenwirkung der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) entspricht. Die Industrie steht im harten internationalen Wettbewerb, was für eine wirksame und kosteneffiziente Ausgestaltung der Klimapolitik zu berücksichtigen ist.

16.077 (SR) OR. Aktienrecht. Entwurf 2

NEIN zum indirekten Gegenentwurf des Nationalrats zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI), da dieser wesentliche Anliegen der Wirtschaft nicht aufnimmt. Vielmehr hat der Bundesrat eine international abgestimmte Lösung aufgezeigt, die in der Rechtskommission des Ständerates nur knapp verworfen wurde. scienceindustries sieht hierin einen Lösungsansatz und es gilt, diesen Weg weiter zu verfolgen.

17.405 (SR/ev. NR) Pa.Iv. Burkart. Verlängerung der Befristung der Steuererleichterungen für Erdgas, Flüssiggas und biogene Treibstoffe

JA zur Pa.Iv. Die Schweiz soll ihren Klimazielen auch bei einer verspäteten Einführung des überarbeiteten CO₂-Gesetzes ohne Unterbruch nachkommen können. Deshalb will die Kommission (UREK-N) zentrale, aber bis Ende 2020 befristete Instrumente des Klimaschutzes, wie das Emissionshandelssystem und die Zielvereinbarungen bis Ende 2023 verlängern.

19.430 (NR) Pa.Iv. Konsequenter Schutz des Grund-, Trink-, Fluss- und Seewassers vor nachweislich schädlichen Pestiziden

NEIN zur Pa.Iv. Die aktuelle Gesetzgebung sowie die im Rahmen des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel und der Agrarpolitik 22+ vorgesehenen Massnahmen stellen sicher, dass die Qualität des Grund-, Trink-, Fluss- und Seewassers in der Schweiz langfristig geschützt wird. Insbesondere die Umsetzung des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel soll konsequent weitergeführt werden. Pauschale Verbote wirken innovationsfeindlich und werden der komplexen Realität der landwirtschaftlichen Produktion nicht gerecht. Deswegen setzt auch die WAK-S mit ihrer Pa.Iv. 19.475 «Das Risiko

beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» auf Massnahmen, welche die Industrien selbstverantwortlich mitgestalten können. Eine nachhaltige Risikoreduktion bei Pflanzenschutzmitteln kann viel effizienter durch Forschung und Innovation sowie Ausbildung und fachkompetente Beratung der Anwender erreicht werden.

19.3416 (NR) Mo. WAK-SR. Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU

Die Industrien Chemie Pharma Life Sciences haben ein vitales Interesse, die bilateralen Abkommen mit der EU zu bewahren und fortzuentwickeln. Dies ist nur durch deren Stabilisierung mittels eines institutionellen Überbaus zu erreichen. Gleichwertige Alternativen sind zurzeit nicht erkennbar. **Deshalb unterstützt scienceindustries das ausgehandelte institutionelle Abkommen und wünscht sich vom Bundesrat die Klärung zum Umfang des Rahmenabkommens** (Ausschluss des Freihandelsabkommens) sowie die Beschränkung der Pflicht zur dynamischen Rechtsübernahme durch die Schweiz auf Markt Zugangsregeln, insbesondere in Bezug auf eine allfällige künftige Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL).

19.026 (SR) Volksinitiative. Für eine massvolle Zuwanderung («Begrenzungsinitiative»)

NEIN zur Volksinitiative. Diese verlangt explizit die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens FZA mit der EU, falls eine einvernehmliche Ausserkraftsetzung innerhalb von 12 Monaten nicht gelingen sollte. Für die forschungsintensive, exportorientierte chemisch-pharmazeutische Industrie sind die bestehenden bilateralen Abkommen ein wichtiger Standortfaktor ohne Aussicht auf eine gleichwertige Alternative.

18.3021 (SR) Mo. Rieder. Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen

NEIN zu Investitionskontrollen in der Schweizer Wirtschaft. scienceindustries setzt sich seit jeher für eine offene Politik der Schweiz gegenüber Investitionen aus dem Ausland ein. Diese sichert dem Wirtschaftsstandort Schweiz einen ausreichenden Zufluss von Kapital und Wissen und trägt so zur Wertschöpfung sowie zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Für sicherheitsrelevante Bereiche in der Schweiz gibt es bereits heute spezifische Regulierungen. Werden in der Schweiz Investitionskontrollen eingeführt, besteht die Gefahr, dass Auslandsinvestitionen von Schweizer Unternehmen erschwert werden. Erstklassige Rahmenbedingungen und somit ein international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Schweiz sind der beste Schutz für unsere Unternehmen.

17.3376 (SR) Mo. Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren

JA zur Anpassung des Zollgesetzes, um eine ausreichende rechtliche Gesetzesgrundlage für risikobasierte Kontrollen der Zollverwaltung sowie für die Weiterführung der von 2009 bis 2016 gehandhabten Deklarantenstrafpraxis zu schaffen. Dementsprechend begrüsst scienceindustries das Anliegen des Bundesrates, der Bundesversammlung eine Änderung des Zollgesetzes zu unterbreiten, die dem Anliegen des Motionärs nach einer sinnvollen Fortführung der Deklarantenstrafpraxis unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Anforderungen so weit wie möglich gerecht wird.

19.036 (SR) Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. Genehmigung

JA zum Abkommen der EFTA-Staaten mit Indonesien, da es den exportorientierten Firmen unserer Industrien den Marktzugang erleichtert und darüber hinaus Rechtssicherheit schafft. Mit den Bestimmungen im Bereich des Geistigen Eigentums zeigt sich scienceindustries einverstanden, fordert den Bundesrat aber gleichzeitig auf, die Entwicklung des Patentschutzes in Indonesien auch nach der Ratifikation des Abkommens eng weiterzuverfolgen und auf eine entsprechende Überarbeitung des indonesischen Patentgesetzes zu drängen.

18.317 (SR) Kt.IV. Bern. Kein Freihandel für Palmöl aus Malaysia. 1. Phase;**18.320 (SR) Kt.IV. Freiburg. Ausschluss von Palmöl und dessen Derivaten von den Freihandelsgesprächen zwischen der Schweiz und Malaysia. 1. Phase;****18.325 (SR) Kt.IV. Jura. Ausschluss von Palmöl von den Freihandelsabkommen mit Indonesien und Malaysia. 1. Phase**

NEIN zu den Kt.IV. zum Ausschluss von Palmöl von Freihandelsgesprächen. scienceindustries erachtet es als nicht zielführend, bestimmte Produkte kategorisch aus einem Freihandelsabkommen auszuklammern. Eine Ausklammerung wichtiger Produkte führt zu einem Scheitern der Verhandlungen und damit zu einer Benachteiligung von Schweizer Unternehmen gegenüber Mitbewerbern aus der EU und den Mitgliedsländern der Transpazifischen Partnerschaft TPP. Die Inlandproduktion von Ölsaaten wird durch eine Berücksichtigung von Palmöl nicht gefährdet. Freihandelsabkommen bieten durch die engere Beziehung mit den Handelspartnern zudem die Möglichkeit, die nachhaltige Produktion gemeinsam zu fördern.

19.3413 (SR) Mo. FK-NR. Wirkungsmessung im BFI-Bereich

JA zur Wirkungsmessung mit Anpassungen. Da die Aufwendungen im Bereich Bildung richtigerweise wachsen und zielgerichtet eingesetzt werden müssen, ist eine Wirkungskontrolle durchaus angezeigt. Diese jährlich durchzuführen, ist aber nicht zielführend. **Die Motion sollte dahingehend abgeändert werden, dass**

diese Kontrolle alle vier Jahre vorgelegt wird, koordiniert mit der jeweils nächsten BFI-Botschaft.

17.059 (SR) Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz. Entwurf 3

scienceindustries spricht sich für einen zeitnahen Abschluss der Revision des DSG aus, wobei sie die seitens economiesuisse eingereichten Anträge der Wirtschaft unterstützt. Um keine unnötigen operationellen Schwierigkeiten für Unternehmen aufgrund unterschiedlicher Datenschutzniveaus zu erhalten, ist eine Angleichung an die Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung grundsätzlich zu begrüssen, wobei die Aufrechterhaltung der Äquivalenz als Massstab genügt. Es soll nicht darüber hinaus gegangen werden und ein für die Unternehmen administrativ tragbares Gesetz verabschiedet werden.

18.405 (SR) Pa.IV. Rutz Gregor. Taten statt Worte. Abgabe für Radio und Fernsehen für Unternehmen streichen

JA zur Pa.IV. Die aktuelle Regelung sorgt für eine ungerichtete Mehrfachbesteuerung von Unternehmen, weshalb diese von der Medienabgabe ausgenommen werden sollten.

15.438 (NR) Pa.IV. Berberat. Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament

JA zu Transparenz und öffentlichem Register. Demokratie ist die Vertretung und der Wettstreit von Interessen. Positionsabgleiche finden statt, damit tragfähige Entscheide möglich werden. Ein Nichteintreten auf die Vorlage stellt eine Absage an eine öffentliche Regelung des transparenten, professionellen und qualitativen Lobbyings dar.

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences. Seine rund 250 Mitgliedfirmen erwirtschaften über 98% Ihrer Umsätze im Ausland und tragen als grösste Exportindustrie 45% zu den Gesamtexporten und rund 40% an die privaten Forschungsaufwendungen der Schweiz bei.

Ihr Kontakt bei scienceindustries:

Dr. Stephan Mumenthaler, Direktor

Tel. 044 368 17 20

stephan.mumenthaler@scienceindustries.ch

Marcel Sennhauser, Stv. Direktor

Tel. 044 368 17 44

marcel.sennhauser@scienceindustries.ch